

GESUNDHEITSAUSSCHUSS | Sachverständige diskutierten, wie die Arzneimittelversorgung im Freistaat verbessert werden kann

Millionen Medikamente nicht verfügbar

Selbst Operationen mussten schon abgesagt werden: Obwohl wir in einer Überflusgesellschaft leben, kommt es ausgerechnet bei Arzneimitteln immer öfter zu Lieferengpässen. Woran liegt das? An den Dumpingpreisen, sagen die Hersteller. An der Profitgier der Pharmaindustrie, meinen die Patientenvertreter.

Antibiotika, Blutdrucksenker, Psychopharmaka: Immer häufiger kommt es in Deutschland zu Liefereschwierigkeiten. „Antidepressiva waren zum Beispiel zum Jahreswechsel gar nicht mehr verfügbar“, sagte Hans-Peter Hubmann vom Bayerischen Apothekerverband bei der Expertenanhörung „Arzneimittelversorgung sicherstellen – Lieferengpässe vermeiden!“ im Gesundheitsausschuss. Aktuell werde auch eine Impfung gegen Pneumokokken empfohlen. Das Problem: Bisher ist nur ein Bruchteil des Impfstoffs lie-

schon immer so und ist unkritisch“, sagte deren Hauptgeschäftsführer Hubertus Cranz. Außerdem seien davon in der Regel nur nicht verschreibungspflichtige Medikamente betroffen, im Bereich der neu patentierten Produkte gebe es keine Lieferengpässe – höchstens Verteilungsprobleme. Ein „Marktversagen“ sieht Cranz hingegen bei Generika und Nachahmerprodukten, wo das Preisniveau unter einem Euro liegt.

Jurist Ulrich M. Gassner von der Universität Augsburg kritisierte die Ausgestaltung der Rabattverträge zwischen Herstellern und gesetzlichen Krankenkassen. „Natürlich will keiner an einer preisgünstigen Arzneimittelversorgung rütteln“, betonte er. Aber wenn der Zuschlag immer nur an einen Anbieter gehe, berge das natürlich ein gewisses Risiko bei der Versorgung – insbesondere bei Wirkstoffproduzenten aus Indien oder China. So sitzen beispielsweise viele Hersteller in Wuhan, dem Ort, an dem das Coronavirus ausgebrochen ist.

Michael Horn vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte ließ das nicht als Grund für die Lieferengpässe gelten. „Während des Lockdowns in Wuhan waren sieben versorgungsrelevante Wirkstoffe betroffen“, erklärt er. Als Corona in Norditalien wütete, seien es 150 gewesen. Horn sprach sich aber dafür aus, die Produktion in Europa stärker zu fördern – insbesondere bei wichtigen Medikamenten. Und dafür zu sorgen, dass alle bei den Lieferketten unabhängig voneinander sind. „Das muss aber natürlich refinanziert werden“, sagte er. Sprich: Das wird teuer für die Patienten.

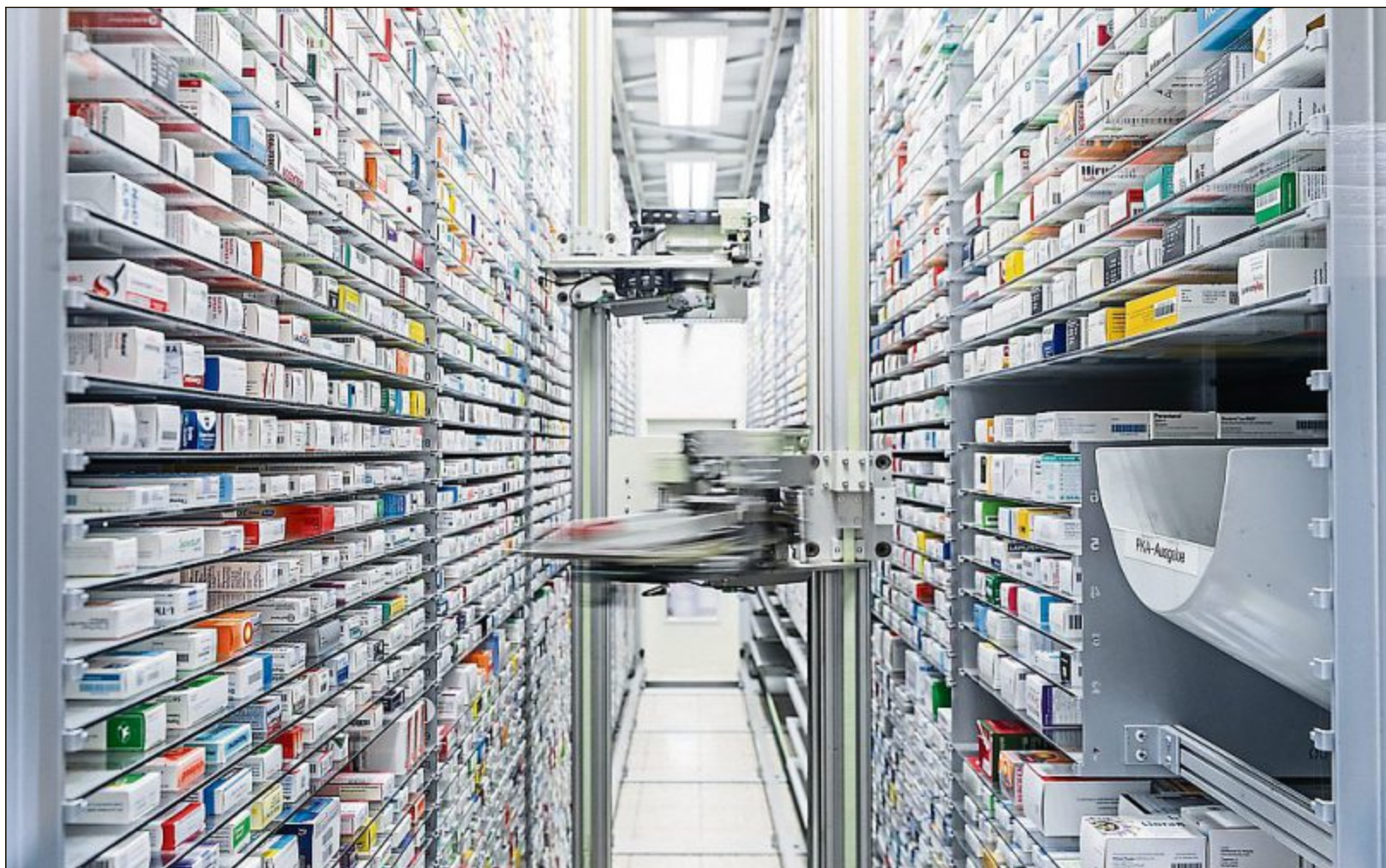


Wenn es der Markt nicht regelt, sieht Dominik Spitzer (FDP) bei der Medikamentenversorgung den Staat in der Pflicht. FOTO: BSZ

ferbar. „Wir müssen immer auf Vorrat kaufen, um überhaupt noch etwas zu bekommen“, klagt Hubmann.

„Die Versorgung wird immer schlechter“, bestätigt Thomas Benkert von der Bayerischen Landesapothekerkammer. Die Zahl der nicht verfügbaren Medikamente habe sich von 2017 bis 2019 auf rund 18 Millionen Packungen fast vervierfacht. „Richtig dramatisch wird es, wenn auch der Wirkstoff von einer anderen Firma nicht verfügbar ist“, erklärt er. Dann müsse Rücksprache mit dem behandelnden Arzt gehalten oder der Patient erneut in die Praxis geschickt werden.

Der Bundesverband der Arzneimittelhersteller räumte zwar Lieferengpässe ein. „Das war aber



2019 waren rund 18 Millionen Medikamentenpackungen nicht verfügbar – fast viermal so viel wie noch 2017.

FOTO: DPA/JAN WOITAS

Monika Andraschko vom Landesverband der Deutschen Krankenhausapotheker forderte eine gesetzliche Pflicht für die pharmazeutische Industrie, medizinische Produkte zu lagern, um so Lieferengpässe besser überbrücken zu können. „Wir mussten schon Operationen absagen, weil wir keine Kochsalzspüllösungen bekommen haben“, klagte sie. Außerdem sollten sie verpflichtet werden, Lieferengpässe sofort zu melden.

Kritik dafür kam von den Arzneimittelherstellern: Es gibt zwischen 30 000 und 60 000 Arzneimittel, sagte Siegfried Throm vom Verband Forschender Arzneimittelhersteller. „Wenn wir das alles lagern und melden würden, bekämen wir große Probleme.“ Außerdem seien manche Arzneimittel

gar nicht so lange haltbar und wie Grippeimpfstoffe nur saisonal gefragt. Thomas Porstner vom Bundesverband des pharmazeutischen Großhandels verwies außerdem auf die „erheblichen Summen“ für die Vorfinanzierung und Lagerung.

Peter Friemelt vom Gesundheitsladen München war der einzig geladene Sachverständige im Bereich Patientenschutz. „Die Medikamentenversorgung funktioniert da, wo die Pharmaindustrie gut verdient“, kritisierte er. Friemelt forderte verbindliche Vorgaben für Hersteller inklusive Sanktionen, wenn es zu Lieferproblemen kommt. „Die reine Marktorientierung ist anscheinend gescheitert“, konstatierte er. Wenn es der private Sektor nicht selber regeln könne, müsse man die Ver-

sorgung eben in staatliche Hände geben. Außerdem verlangte Friemelt, Unternehmen, die in Europa produzieren, mit einer Abnahmegarantie zu unterstützen.

Dominik Spitzer (FDP) kritisierte, dass es in der Anhörung zu wenig um die Patienten gegangen sei. Der Abgeordnete befürchtet, dass die Versorgungsengpässe zunehmen, wenn nicht schnellstmöglich gehandelt wird. „Wenn es keine europäische Lösung gibt, ist der Staat in der Pflicht, für eine adäquate Versorgung zu sorgen“, sagte Spitzer. Schon während der Corona-Krise im Frühjahr habe es das ethische Dilemma gegeben, wer im Notfall zuerst beatmet werden soll. „Dasselbe Problem werden wir bekommen, wenn nicht mehr operiert werden kann, weil die Anästhetika fehlen.“

Ausschussvize Ruth Waldmann (SPD) dankte den Fachleuten für die „Fortbildungsmaßnahme für die CSU“: Vieles hätten Sie auch nachlesen können, wenn Sie unsere vielen Anfragen und Anträge zu dieser Thematik in den letzten Jahren gelesen hätten“, sagte sie in Richtung CSU-Fraktion. Waldmann forderte die Staatsregierung auf, endlich die Ergebnisse des Bayerischen Pharmagipfels zu veröffentlichen.

Christina Haubrich (Grüne) forderte, Bayern solle sich stärker für die Herstellervielfalt einsetzen und die Medikamentenproduktion aus dem Ausland zurückholen. Andreas Winhart (AfD) sorgte sich vor allem um Menschen mit Schilddrüsen-Problemen, sie seien von Lieferengpässen besonders betroffen. > DAVID LOHMANN